

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 40
des Abgeordneten Prof. Dr. Bisky
Fraktion der PDS-Linke Liste

- Drucksache 1/267

Am Tag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die künftige Gestaltung ihrer Zusammenarbeit, und nur wenige Monate nach entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen der Bundesrepublik mit der UdSSR wurde auf dem Bahnhofsvorplatz in Wriezen, Kreis Freienwalde, mittels Preßlufthammer ein Denkmal zerstört, das anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus eingeweiht worden war. Die drei Tafeln auf diesem Denkmal trugen folgende Inschriften:

"Fritz Dornbusch
geb. am 9.2.1885
ermordet durch SS am 18.4.1945

Wilhelm Hichert
geb. am 23.1.1877
gest. am 29.10.1944

Bruno Moses
geb. am 11.6.1903
ermordet im KZ Auschwitz am 31.10.1943

Den sojwetischen und polnischen Befreiern unserer Stadt zum Dank und als Symbol der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen unseren Völkern errichtet.

Das Denkmal wurde anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 14.7.1975 eingeweiht."

Datum des Originals: 14.08.1991 / Ausgegeben: 22.08.1991

Fragen:

1. Ist der Landesregierung bekannt, wer den offiziellen Auftrag zur Auslöschung der Inschriften erteilt hat?
2. Welche Maßnahmen wird der zuständige Minister als oberste Denkmalschutzbehörde des Landes einleiten, um den ursprünglichen Zustand des Denkmals wiederherzustellen und ähnliche Zerstörungsaktionen im Lande künftig zu verhindern?

Namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage 40 des Abgeordneten Prof. Dr. Bisky, Fraktion der PDS-Linke Liste, Drucksache 1/267, wie folgt:

Auf dem Marktplatz in Wriezen, an der Friedenseiche von 1816, wurde 1911 ein Kriegerdenkmal für den Krieg von 1870/71 eingeweiht. 1943 wurde die dazu gehörende Reiterplastik von Splitt eingeschmolzen. Der Sockel stand bis 1975, dann wurde er abgetragen und die Marmorverkleidung verkauft. Die vier Granit-Löwen des Denkmals sind bis heute erhalten.

Auf dieser Stelle wurde dann 1975 ein "Denkmal der Befreiung und des antifaschistischen Widerstandskampfes" errichtet, am 17.04.1995 eingeweiht. Die in der Inschrift des Denkmals dargestellten Sachverhalte entsprachen nicht in allen Fällen den historischen Ereignissen.

Das Denkmal ist in der Liste der Denkmale des Landes Brandenburg eingetragen und stand damit unter Denkmalschutz.

Zu 1.:

Die Stadtverwaltung Wriezen (Bürgermeister: Herr Uwe Siebert) hat im Rahmen der Neugestaltung des Marktplatzes und nach Rücksprache mit der Kreisverwaltung und dem zuständigen Kulturstadamt die Beseitigung des Denkmals veranlaßt.

Dabei wurden die Tafeln mit den Inschriften geborgen. Nach Auskunft des Bürgermeisters ist beabsichtigt, neben einem bestehenden Denkmal für die Opfer des 2. Weltkrieges zu errichten. In dieses Denkmal sollen die Inschrifttafeln integriert werden.

Nach dem geltenden Denkmalschutzgesetz der DDR hätte eine Zerstörung des Denkmals der Zustimmung des zuständigen Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur bedurft (§ 9 [4] DpflG der DDR vom 19. Juni 1975). Diese ist nicht beantragt oder erteilt worden. Dieser eindeutige Verstoß gegen die geltenden gesetzlichen Regelungen kann mit einer Ordnungsstrafe von 10 bis zu 300 DM geahndet werden, für das Ordnungsverfahren ist das zuständige Mitglied des

Landeskreisamtes am Standort des Denkmals zuständig (§ 15 Abs. 1 und 3).

Zu 2.:

Der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur hat das Landesdenkmalamt beauftragt, einen Vorschlag für das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit zu erarbeiten.

Möglich wäre u. a.:

- Wiederherstellung,
- neuer Gedenkstein für die Opfer des 2. Weltkrieges,
- Erweiterung o. ä. des VVN - Denkmals auf dem Friedhof in Wriezen.

Um zu verhindern, daß weitere politische Denkmale rücksichtslos zerstört werden und um einen sensiblen und bewußten Umgang mit ihnen zu bewirken, wird der Minister in einem Rundschreiben an alle unteren Denkmalschutzbehörden auf die Problematik und auf die rechtlichen Regelungen, speziell auf das in Kürze in Kraft tretende brandenburgische Denkmalschutzgesetz und seine Anwendung besonders für die politischen Denkmale hinweisen. Das Gesetz bietet dann zahlreiche Möglichkeiten gegen solche Verfahrensweisen vorzugehen (Bußgelder, Pflicht zur Wiederherstellung usw.).

Hinrich Enderlein